

**Jeffrey L. Cimbalo:**

## **Saving NATO from Europe**

*Foreign Affairs*, Jg. 83, Nr. 6 (November/Dezember 2004), S. 111–120

Mit dem Verfassungsvertrag hätten die Europäer den Rubikon überschritten. So lautet jedenfalls die Meinung Jeffrey L. Cimbalos, der in der EU-Verfassung eine Stärkung der EU auf Kosten der NATO sieht und dies als besorgniserregende Entwicklung für die transatlantische Allianz und für den Einfluss der USA in Europa empfindet. Die NATO, die für mehr als ein halbes Jahrhundert das Fundament transatlantischer Sicherheitsbeziehungen gestellt und damit den Einfluss der USA in Europa gesichert hat, sei durch die politische Integration der EU herausgefordert. Darauf sei die USA völlig unvorbereitet.

Bedrohlich sieht Cimbalo vor allem die Geschwindigkeit, mit der die inhaltlichen, institutionellen und geografischen Erweiterungen der EU erfolgen. Die in der Verfassung verankerten „national security powers“ der Union scheinen ihm über die bisherige Rhetorik hinauszugehen. Der Vertrag gebe der EU Kompetenzen, die alle Bereiche der Außenpolitik und alle Fragen bezüglich der Sicherheit der Union umfassen, und er erlaube der EU eine Entwicklung hin zu einer gemeinsamen Verteidigung. Dies sei mit einer effizienten NATO-Partnerschaft unvereinbar.

Am bedrohendsten sieht Cimbalo den strategischen Wettbewerb zwischen der EU und den USA. Dieser sei zwar kein neues Phänomen, werde nun aber durch die Verfassungsvorkehrungen verstärkt. Grund zur Besorgnis gebe die Schaffung von „Mini-Allianzen“. Damit sind Gruppen von EU-Staaten gemeint, die auf Beschluss des Rates eine Mission durchführen können. Cimbalo bezeichnet sie (irrtümlicherweise) als „separate mutual defence regions“. Einen aufkommenden sicherheitspolitischen Konflikt sieht er aber auch in der Tatsache, dass sich EU- und NATO-Mitgliedschaft nicht decken, und dass sich die nicht-NATO EU-Staaten bezüglich unmittelbarer Bedrohungen wie Terrorismus, Afghanistan und Irak nicht mit den USA koordinieren.

Washington müsse daher seine engsten Alliierten diplomatisch, finanziell und moralisch unterstützen, um diesen das notwendige Gewicht zu geben, Änderungen des EU-Verfassungsvertrags einzufordern. Washington sollte die öffentliche Meinung in Großbritannien, Dänemark und Polen gegen die Verfassung mobilisieren. Ein negatives Verfassungsreferendum könnte Gelegenheit geben, gewisse konfliktträchtige Passagen neu zu fassen. Um die daraus folgenden, angedrohten wirtschaftlichen Verluste für die neuen EU-Mitglieder auszugleichen, sollten die USA Assistenzleistungen leisten, die die Hilfeleistungen der EU übertreffen.

Sollte es dennoch zu einer Scheidung zwischen Washington und der NATO kommen, dann bedeute dies jedoch nicht den völligen Einflussverlust der USA in Europa. Noch gebe es zu viele EU-Mitglieder, die mit den USA gemeinsame Interessen und Sicherheitsbedrohungen teilen und daher weiterhin die transatlantische Kooperation suchen würden. Das Resultat wäre eine kleinere NATO, aber mit kohärenteren sicherheitspolitischen Zielen und Interessen.

Cimbalos Artikel gibt ein realistisches Bild der neo-konservativen Sicht Washingtons auf die EU, in der eine koordinierte EU als Gefahr gesehen wird und ein Divide et impera-Politik immer eine Lösung des Problems darstellen kann. Unrealistisch ist der Artikel insofern, als er die europäischen Verfassungsentwicklungen aufgrund seiner (nur teilweise richtig analysierten) legalistischen Interpretation überbewertet. Würde sich die ESVP nur halb so vielversprechend entwickeln, wie Cimbalo dies darstellt, dann könnte dies nur positive Auswirkungen haben. Eine Stärkung der europäischen Streitkräfte und Rüstungskapazitäten sowie die daraus folgende Fähigkeit der Europäer zu mehr Verantwortungsübernahme kann für die transatlantische Sicherheit (und damit für die NATO) nur förderlich sein.

**Caroline Stampfer**